



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

## **Bericht über die fünfte und letzte Mediationssitzung zu den Ausbauplänen des Instituts für Transurane in der Rheinhalle in Eggenstein-Leopoldshafen am 21. November 2011**

### Tagesordnung

1. Begrüßung, Formalia, Sachstandszusammenfassung – Michael Sailer (Öko-Institut e.V.),
2. Diskussion des „Vorschlags des Mediators im Mediationsverfahren zum Institut für Transurane (ITU)“,
3. Vorbereitung eines Pressetermins.

### **Zu TOP 1: Begrüßung, Formalia, Sachstandszusammenfassung**

Herr Michael Sailer vom Öko-Institut e.V. in Darmstadt begrüßt die Teilnehmer zu der fünften und letzten Mediationssitzung. Die Beiträge und Unterlagen der 5. Mediationssitzung ITU werden wieder auf der Homepage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg unter folgendem Link eingestellt:  
<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/87916/>.

## **Zu TOP 2: Diskussion des „Vorschlags des Mediators im Mediationsverfahren zum Institut für Transurane (ITU)“**

Auf Grundlage der mit dem Einladungsschreiben am 16.11.2011 per E-Mail versandten Unterlagen soll der fortgeschriebene Vorschlag für das Mediationsergebnis (zweiter Entwurf) diskutiert werden. Die als Anlage 3 versandte Stellungnahme des Umweltministeriums mit konkreten Vorschlägen mit einer Anlage 1 „Verbrauchsmengen pro Forschungsbereich“ und einer Anlage 2 „Genehmigungsmengen“ liegen ebenfalls allen Mediationsbeteiligten vor und werden detailliert besprochen.

Die Teilnehmer erklären, dass keine Vorbehalte gegen die unter Punkt 1 bis 4 gemachten Ausführungen und Darstellungen in dem vorgestellten Vorschlag (zweiter Entwurf) bestehen.

Unter Punkt 5 widmen sich die Teilnehmer dann der Diskussion über die Ergebnisse der Mediation:

Zu 5a und b) Prof. Dr. Fanghänel erklärt, dass sich das ITU rechtsverbindlich zu dem Thema „Mengen an Kernbrennstoffen bzw. Aktiniden“ und „Verwahrung“ erklären wird. Das ITU wird einen neuen Antrag auf atomrechtliche Genehmigung unter Zugrundelegung der reduzierten Mengen stellen und eine Selbstverpflichtung unterzeichnen.

Dem BUND sind diese Zusagen nicht weitreichend genug.

Zu 5c) Für die Forschungsaktivitäten wird ebenfalls eine – freiwillige – Mengenbegrenzung seitens des ITU vorgestellt. Hier macht der BUND ebenfalls das Votum geltend, eine abweichende Position zu vertreten. Insbesondere die Forschungsaktivitäten an der Sicherheit für den Reaktortyp Generation IV werden vom BUND abgelehnt. Der BUND vertritt die Auffassung, dass mit der Forschung an der Sicherheit die Ermöglichung der Technologie überhaupt erst entstehe. Die freiwillige Mengenbegrenzung bewege sich immer noch in einem Bereich, der Risiken in sich berge, da Forschung an den neuen Generatoren nicht ausgeschlossen werden könne.

Zu 5d) Es wird darum gebeten, den Gesundheitsschutz unter diesem Abschnitt in dem Papier des Mediators zu erwähnen. Klargestellt wurde seitens des ITU, dass der Gesundheitsschutz bereits ohne freiwillige Verpflichtung durch die Mediation ein wichti-

ges Thema für das ITU war und ist und alle geltenden gesetzlichen Verpflichtungen beachtet und eingehalten werden.

Zu 5e) Prof. Dr. Fanghänel macht für das ITU deutlich, dass als Entgegenkommen für die freiwilligen Mengenbeschränkungen erwartet werde, dass die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten ihre bisherigen Planungen für das Gebiet überdenke. Er stellt die Frage, ob nicht doch eine Zulassung des Flügels M mit den Interessen der Gemeinde vereinbar sein kann. Bürgermeister Johs erklärt, dass es im Interesse seiner Gemeinde sei, wenn keinerlei Forschung mit radioaktivem Material auf dem Gelände mehr möglich sei und stellt die Forderung auf, dass eine derartige Selbstverpflichtung durch die WAK GmbH seitens der Gemeinde erwartet werde. Die Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen teilt die Bedenken und unterstützt diesen Vorschlag. Das ITU und auch das Umweltministerium zeigen sich überrascht von dieser Forderung, eine Einbeziehung der WAK GmbH war niemals Thema während der Mediationssitzungen gewesen. Nun jemanden in die Pflicht zu nehmen, der am Prozess nicht beteiligt gewesen ist, sei schwierig. Der Mediator betont, dass in der Vorbefassung mit dem Thema keiner der Beteiligten, auch nicht die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten, angegeben habe, dass die WAK GmbH selbst am Verfahren zu beteiligen sei. Die Mediationsrunde ist sich aber einig, dass trotzdem versucht werden solle, hier eine Lösung zu erreichen. Es könne ein Lösungsvorschlag außerhalb der Mediation erarbeitet werden. Herr Meinel und Herr Sailer werden sich mit der WAK GmbH und dem Land und dem BMBF in Verbindung setzen und klären, ob eine Selbstverpflichtung möglich sei, dass nach dem Rückbau der WAK GmbH keinerlei atomrechtlich relevante Forschung mehr an diesem Standort betrieben werde.

Zu 5f) Der Vorschlag des Mediators wird von allen Beteiligten unterstützt. Der BUND appelliert zuvorderst an das Umweltministerium, den Austausch von Informationen in gleicher Weise aufrecht zu erhalten. Seitens des BUND wird ein Termin im Ministerium gewünscht, an dem noch einmal ausführlich über die UVP-Pflichtigkeit des Verfahrens gesprochen werden soll. Dies wird zugesagt.

Zu 5g) Das ITU sagt zu, zu dem zweiten Spiegelstrich des Vorschlages eine Selbstverpflichtung abzugeben.

Zu 6) Alle 5 Themen werden von den Beteiligten der Mediation insofern unterstützt, als die aufgeworfenen Fragestellungen einer Klärung zugeführt werden.

Insgesamt zeigen sich die Beteiligten zufrieden mit der Mediation. Für den BUND sind die Forschungsaktivitäten des ITU immer noch nicht ausreichend beleuchtet. Das ITU wird den abschließenden Erfolg der Mediation daran messen, ob in der baurechtlichen Frage eine Einigung mit der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten erreicht werden kann.

Die Unterlagen sind auf der Homepage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg unter folgendem Link abzurufen:  
<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/88231/>.

### **Zu TOP 3: Vorbereitung eines Pressetermins**

Es ist geplant, dass Umweltminister Franz Untersteller am 22. November 2011 im Landtag von Baden-Württemberg aufgrund des von Michael Sailer vorgelegten Verfahrensvorschlags eine Presseerklärung über den Abschluss des Mediationsverfahrens zum Ausbau des Instituts für Transurane abgeben wird.

Die Presseerklärung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg ist eingestellt unter:

<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/86157/>.

gez. Hahn